

Freundschaft

Tageszeitung der sowjetischen Bevölkerung Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Dienstag, 14. Dezember 1982

Nr. 239 (4 367)

Preis 3 Kopeken

Im ZK der KPdSU, im Ministerrat der UdSSR, im Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und im ZK des Komsomol

Das Zentralkomitee der KPdSU, der Ministerrat der UdSSR, der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und das Zentralkomitee des Komsomol erörtern die Ergebnisse des sozialistischen Unionswettbewerbs der Unions- und autonomen Republiken, der Regionen, Gebiete, Städte und autonomen Bezirke, der Stadtbezirke und Rayons, der Kollektive der Vereinigungen, Betriebe, Organisationen und Institutionen, der Kolchose und Sowchose zu Ehren des 60. Jahrestags der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. In dem diesbezüglich gefaßten Beschluß wird festgestellt, daß das Sowjetvolk selbstlos an der Realisierung der Beschlüsse des XXVI. Parteitags der KPdSU, des Mai- und des Novemberplenums (1982) des ZK der KPdSU arbeitete. Die Werktätigen der Industrie und Landwirtschaft, des Bau- und Verkehrswesens sowie anderer Volkswirtschaftszweige errangen im Jubiläumsjahr neue Arbeitserfolge. Gesichert wurden die Vergrößerung des Umfangs und der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion sowie die Hebung des materiellen Wohlstandes der Werktätigen; eine Weiterentwicklung erfuhr die Aufklärung und die Kultur, das Gesundheits- und das Dienstleistungswesen. Im Laufe des sozialistischen Wettbewerbs offenbarten sich markant die unerschütterliche Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige brüderliche Hilfe zwischen allen Nationen und Volksgruppen unseres Landes.

Für die im wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau erzielten Erfolge für den großen Beitrag zur Entwicklung des einheitlichen Wirtschaftsraumes des Landes und zu Ehren des 60. Jahrestags der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurden mit Roten Fahnen des ZK der KPdSU, des Ministerrats der UdSSR, des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften und des ZK des Komsomol ausgezeichnet:

- die RSFSR
- die Ukrainische SSR
- die Belorussische SSR
- die Usbekische SSR
- die Kasachische SSR
- die Georgische SSR
- die Aserbaidschanische SSR
- die Litauische SSR
- die Moldauische SSR
- die Lettische SSR
- die Kirgisische SSR
- die Tadschikische SSR
- die Armenische SSR
- die Turkmenische SSR
- die Estnische SSR.

Es wurde beschlossen, die Roten Fahnen des ZK der KPdSU, des Ministerrats der UdSSR, des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften

und des ZK des Komsomol den Unionsrepubliken zu ewiger Aufbewahrung zu überlassen.

Als Sieger anerkannt und mit Roten Fahnen des ZK der KPdSU, des Ministerrats der UdSSR, des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften und des ZK des Komsomol ausgezeichnet wurden

autonome Republiken, Regionen und Gebiete

Für hohe Ergebnisse im sozialistischen Unionswettbewerb zu Ehren des 60. Jahrestags der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und für die erfolgreiche Realisierung des Staatsplans der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR

in der RSFSR: die Kabardinisch-Balkarische ASSR, die Kalmykische ASSR, die Nordossetische ASSR, die Tatarische ASSR, die Tschuwaschische ASSR, die Jakutische ASSR, die Region Krasnodar, die Region Krasnojarsk, die Region Stawropol, das Gebiet Astrachan, die Stadt Leningrad, das Gebiet Leningrad, das Gebiet Magadan, die Stadt Moskau, das Gebiet Moskau, das Gebiet Swerdlowsk, das Gebiet Toms und das Gebiet Tjumen;

in der Ukrainischen SSR: das Gebiet Wolynien, das Transkarpatien-Gebiet, die Stadt Kiew und das Gebiet Krim;

in der Belorussischen SSR: das Gebiet Brest und das Gebiet Grodno;

in der Usbekischen SSR: die Karakalpakische ASSR, das Gebiet Taschkent und das Gebiet Choresm;

in der Kasachischen SSR: das Gebiet Kustanai;

in der Georgischen SSR: die Abchassische ASSR;

in der Aserbaidschanischen SSR: die ASSR Nachitschewan;

in der Kirgisischen SSR: das Gebiet Naryn;

in der Tadschikischen SSR: das Gebiet Kurgan-Tjube;

in der Turkmenischen SSR: das Gebiet Aschchabad;

Für hohe Ergebnisse im sozialistischen Unionswettbewerb zu Ehren des 60. Jahrestags der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und für die erfolgreiche Realisierung des Staatsplans der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR im Bereich der Industrie.

in der RSFSR: die Baschkirische ASSR, die Region Primorje, das Gebiet Wladimir, das Gebiet Gorki, das Gebiet Iwanowo, das Gebiet Kaliningrad und das Gebiet Saratow;

in der Ukrainischen SSR: das

Gebiet Odessa, das Gebiet Rowno, das Gebiet Charkow und das Gebiet Cherson;

in der Kasachischen SSR: das Gebiet Ostkasachstan, das Gebiet Guryew und das Gebiet Tschimkent.

Für hohe Ergebnisse im sozialistischen Unionswettbewerb zu Ehren des 60. Jahrestags der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und für die Realisierung der Pläne der Produktion der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und ihres Verkaufs an den Staat

in der RSFSR: das Gebiet Belgorod;

in der Ukrainischen SSR: das Gebiet Tscherkassy;

in der Kasachischen SSR: das Gebiet Aktjubsinsk;

Für hohe Ergebnisse im sozialistischen Unionswettbewerb zu Ehren des 60. Jahrestags der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und für die erfolgreiche Erfüllung des Staatsplans der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR

die Städte

in der RSFSR: Asbest, Balakowo, Balaschicha, Bisk, Blagoweschtschensk (Gebietsstadt), Breschnew, Brjansk, Wolgograd, Wolgoda, Woronesch, Grosny, Dimitrograd, Jelissow, Norilsk, Irkutsk, Joschkai-Ola, Kalinin, Kaluga, Kirow (Gebietsstadt), Kostroma, Kollas, Kochma, Krasnokamensk, Kuibyschew (Gebietsstadt), Kurgan, Kursk, Machatschkala, Murmansk, Neftekamsk, Nowgorod, Noworossijsk, Norilsk, Omsk, Orjol, Orenburg, Pensa, Perm, Petrosawodsk, Rostow am Don, Rjasan, Saransk, Sirolensk, Sosnowy Bor, Surgut, Syktywkar, Tula, Tscheljabinsk, Juschno-Sachalinsk, Jaroslavl;

in der Ukrainischen SSR: Berdjansk, Woroschilowgrad, Gorlowka, Dnepropetrowsk, Donezk, Iwanofrankowsk, Krementusch, Lwow, Nikolajew (Gebietsstadt), Swetlowodsk, Sewastopol, Sumy, Ternopol, Tschernigow;

in der Belorussischen SSR: Witebsk, Gomel, Minsk;

in der Usbekischen SSR: Nawoi, Namangan, Samarkand, Taschkent;

in der Kasachischen SSR: Alma-Ata, Karaganda, Nowy Usen, Taldy-Kurgan, Zelinograd;

in der Georgischen SSR: Kutaisi, Tbilissi;

in der Aserbaidschanischen SSR: Baku, Mingeschaur;

in der Litauischen SSR: Kausas, Siauliai;

in der Moldauischen SSR: Kischinjew;

in der Kirgisischen SSR: Dshalal-Abad, Frunse;

in der Tadschikischen SSR: Leninabad;

in der Armenischen SSR: Jerevan, Kirowakan;

in der Turkmenischen SSR: Asochhabad;

in der Estnischen SSR: Tallinn, der Autonome Bezirk der Charnten und Mansen, 8 Stadtbezirke und 224 ländliche Rayons.

Als Sieger anerkannt und mit Roten Wanderfahnen des ZK der KPdSU, des Ministerrats der UdSSR, des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften und des ZK des Komsomol ausgezeichnet wurden:

879 Kollektive der Vereinigungen, Betriebe, Organisationen und Institutionen der Industrie, des Bauwesens, des Kraftverkehrs und anderer Volkswirtschaftszweige, der Forschungs-, Projektierungs- und Konstruktionseinrichtungen, darunter 517 mit Eintragung in die Ehrentafel der Leistungsschau der Volkswirtschaft der UdSSR;

750 Kollektive der Kolchose, Sowchose, Agrar-Industrie-Vereinigungen, Zwischenbetriebsorganisationen und anderer Landwirtschaftsbetriebe, darunter 250 mit Eintragung in die Ehrentafel der Leistungsschau der Volkswirtschaft der UdSSR.

Das ZK der KPdSU, der Ministerrat der UdSSR, der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und das ZK des Komsomol beauftragten die Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts-, Komsomol- und Wirtschaftsorgane die Ergebnisse des sozialistischen Unionswettbewerbs zu Ehren des 60. Jahrestags der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gründlich und allseitig zu analysieren. Gestützt auf die Beschlüsse des XXVI. Parteitags der KPdSU, des Mai- und des Novemberplenums (1982) des ZK der KPdSU, sind Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Organisation und zur Steigerung der Wirksamkeit des sozialistischen Wettbewerbs, zur Beseitigung der Mängel, die die Arbeit behindern, zu erarbeiten und einzuleiten, um die Arbeitsleistungen des Jubiläumswettbewerbs zu verankern und von den ersten Tagen des neuen Jahres an die Erfüllung und Überbietung der festgelegten Staatsaufgaben und sozialistischen Verpflichtungen durch jedes Arbeitskollektiv, jeden Zweig, Rayon, jede Stadt, jedes Gebiet, jede Region und jede Republik zu gewährleisten. Zu organisieren ist die Auswertung und die allgemeine Verbreitung der Erfahrungen der Sieger im Unionswettbewerb, wertvoller Vorhaben und Initiativen, ge-

richtet auf die bessere Anwendung intensiver Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung, der vorhandenen Reserven, auf die Einsparung aller Arten von Ressourcen, auf die Verbesserung der Gütekennzeichen, die Erzielung höchster Ergebnisse bei Minimalaufwand. Zu diesem Zweck gilt es, die Massenmedien und andere Mittel der Massenpropaganda und Information bestmöglich zu nutzen.

△

Das Zentralkomitee der KPdSU, der Ministerrat der UdSSR, der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und das ZK des Komsomol gratulieren den Siegern des sozialistischen Unionswettbewerbs zu Ehren des 60. Jahrestags der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und bringen ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß das Begehren des Jubiläumsparteitags der UdSSR zu einer markanten Demonstration des Aufschwungs der sozialistischen Nationen, der festsitenden Geschlossenheit aller Völker unserer Heimat, der Treue zu den Prinzipien des Internationalismus, des unverbrüchlichen Zusammenschlusses der Sowjetmenschen um die Leninsche Kommunistische Partei und ihr Zentralkomitee im Namen der Realisierung der historischen Beschlüsse des XXVI. Parteitags der KPdSU und der erfolgreichen Vorwärtsbewegung des Landes auf dem Leninschen Weg zum Kommunismus werden wird.

Das Zentralkomitee der KPdSU, der Ministerrat der UdSSR, der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und das ZK des Komsomol fordern die Arbeiter, Kolchosbauern, die Intelligenz, alle Werktätigen unseres multinationalen Vaterlandes auf, weitgehend den sozialistischen Wettbewerb um eine erfolgreiche Erfüllung und Überbietung der Pläne und Verpflichtungen für das Jahr 1983 und der Aufgaben des elften Fünfjahresplans zu entfalten, noch mehr Initiative und Schöpferum, Selbstausopferung, Beharrlichkeit und bewußte Disziplin in der Bewegung um die Hebung des Lebensstandards der Sowjetmenschen, die Festigung der Wirtschaftsmacht unseres Landes und um die Festigung des Weltfriedens zu bekunden.

△

Das Verzeichnis der mit Roten Wanderfahnen des ZK der KPdSU, des Ministerrats der UdSSR, des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften und des ZK des Komsomol ausgezeichneten Kollektive wird in Branchen-, Republik-, Regions- und Gebietszeitungen veröffentlicht.

Im Politbüro des ZK der KPdSU

Das Politbüro des ZK der KPdSU hat in seiner Sitzung über die Briefe der Werktätigen beraten, die in der letzten Zeit bei dem ZK der KPdSU und dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR eingetroffen sind. Das Politbüro stellt fest, daß in diesen Briefen die Innen- und Außenpolitik der KPdSU durch die breiten Massen übereinstimmend unterstützt und deren tiefes Interesse an der Festigung der Wirtschafts- und Verteidigungskraft des Heimatlandes, an der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zum Ausdruck gebracht wird.

Die Briefe sprechen von der unzerstörbaren Einheit von Partei und Volk, von dem engen Zusammenschluß der sowjetischen Menschen um die Kommunistische Partei und deren Zentralkomitee und von ihrer Entschlossenheit, alles daranzusetzen, um die durch die Beschlüsse des XXVI. Parteitags der KPdSU und durch die Plenarabstimmungen des ZK der KPdSU festgelegten Aufgaben der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Landes zu lösen.

In den bei dem ZK der KPdSU und dem Obersten Sowjet der UdSSR eingelaufenen Schreiben finden der patriotische Elan der Werktätigen von Stadt und Land beim Arbeitsaufgebot zu Ehren des 60. Jahrestags der Gründung der UdSSR und ihr Interesse an der erfolgreichen Erfüllung bzw. Übererfüllung der Plansolls und der sozialistischen Verpflichtungen Ausdruck.

Die Werktätigen bekunden ein tiefes Verständnis für die volkswirtschaftlichen Probleme, das Bestreben, die vorhandenen Reserven möglichst besser auszuschöpfen und die Möglichkeiten unserer Ökonomie zu nutzen. In vielen Briefen wird Genugtuung über die zur Realisierung des Lebensmittelprogramms vorgesehenen Maßnahmen zum Ausdruck gebracht.

Die Briefautoren machen Vorschläge und üben Kritik, die auf die Verbesserung der Arbeitsorganisation, auf den Kampf um Sparsamkeit, auf die Erziehung jedes Staatsbürgers zu einem häuslicheren Verhalten zum Gemeinut zielen. Mit vollem Recht werden Fragen aufgeworfen über die Notwendigkeit, die Forderungen der Partei und der Regierung über die Festigung der Staats-, Arbeits- und Produktionsdisziplin, über die aktive Anwendung von Gesetzen und gesellschaftlichen Maßnahmen auf ihre Verletzer streng einzuhalten.

In vielen Briefen werden Tatsachen darüber angeführt, daß an einer Reihe von Orten noch nicht gehörig gegen Personen angekämpt wird, die sich Mißwirtschaft, Augenauswecherei, verfälschte Berichterstattungen über die Planerfüllung, nichtsparsamen Verbrauch an Materialwerten und Verschwendung zuschulden kommen lassen. Es laufen auch Signale über die Notwendigkeit ein, den Kampf gegen Verletzer der gesellschaftlichen Ordnung und gegen Entwendungen des sozialistischen Eigentums zu verstärken.

Die Briefe enthalten Kritik und kritische Bemerkungen an einer Reihe von örtlichen Sowjets, Betrieben, Institutionen und Organisationen, die für die Erhaltung des Wohnfonds zuständig sind. Es werden Beispiele angeführt, die unter anderem davon zeugen, daß noch nicht überall die richtige Anwendung der Wohnungsgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken gewährleistet wird.

Durch viele Briefe geht der Gedanke von der Notwendigkeit, die Organisation der Durchführungskontrolle von der den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten gefaßten Beschlüsse in bezug auf Lebensverhältnisse, Versorgung, Gesundheitsschutz und Erholung der Werktätigen entscheiden zu verbessern.

Das Politbüro des ZK der KPdSU verwies darauf, daß die Briefe ein Zeugnis der politischen Aktivität der Werktätigen, ihrer unmittelbaren Teilnahme an der Vervollkommnung der Formen der Führung der sozialistischen Wirtschaft sind. Die Briefe sind Aufträge der Werktätigen an die Partei- und Sowjetorgane.

Das Politbüro des ZK der KPdSU verpflichtete die Partei- und Staatsorgane, die Ministerien und Ämter der UdSSR, eine strikte Erfüllung der früher gefaßten Beschlüsse über die Arbeit mit den Briefen und über die Organisation von Sprechstunden für die Werktätigen zu sichern und zusätzlich die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen für eine eingehende Behandlung und Lösung der in den Briefen enthaltenen Fragen, zur Behebung der Mängel in der Tätigkeit der Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane, die begründete Vorwürfe und Beschwerden der Sowjetbürger nach sich ziehen. Es gilt in jedem einzelnen Fall eine allseitige, objektive Erörterung der Ursachen anzustreben, die die Beschwerde hervorriefen, und die daran schuldigen Personen prinzipiell zu bewerten.

Die Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft der UdSSR und des Innenministeriums der UdSSR wurde auf die Notwendigkeit gelenkt, Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes der Rechtsordnung in den Städten und ländlichen Ortschaften zu realisieren, eingedenk dessen, daß diese Fragen in den Briefen der Werktätigen besonders akut sind und sie ernsthaft bewegen.

Das Politbüro des ZK der KPdSU würdigt die große Bedeutung der verantwortungsbewußten und wirklich parteilichen Einstellung zu den Briefen und Vorschlägen der Werktätigen bei der weiteren Entwicklung der Leninschen Prinzipien der Demokratie. Jeder Partei- und Sowjetfunktionär, jeder Leiter eines Betriebs und einer Dienststelle ist verpflichtet, diese Arbeit als seine Pflicht vor dem Volk, vor der Partei zu betrachten.

Im Zentralkomitee der KPdSU

Über die Arbeit der Parteiorganisation des Kolchos „Put k Kommunismu“ im Rayon Fjodorowka, Gebiet Kustanai, zur Realisierung der Beschlüsse des Maiplenums (1982) des ZK der KPdSU

Das Zentralkomitee der KPdSU nahm die Rechenchaftslegung des Parteikomitees des Kolchos „Put k Kommunismu“ im Rayon Fjodorowka, Gebiet Kustanai, über die Arbeit der Parteiorganisation zur Realisierung der Beschlüsse des Maiplenums (1982) des ZK der KPdSU entgegen.

In dem diesbezüglich gefaßten Beschluß wird festgestellt, daß die Parteiorganisation des Kolchos als führende Kraft des Kollektivs aktive organisatorische und politische Massenarbeit zur Realisierung der Aufgaben leistet, die aus den Beschlüssen des Maiplenums (1982) des ZK der KPdSU und dem Lebensmittelprogramm resultieren.

Die Plenumsbeschlüsse des ZK der KPdSU wurden in der Partei-, der Gewerkschafts- und der Komsomolorganisation sowie auf Versammlungen der Kolchosbauern erörtert. Unter Berücksichtigung ihrer Vorschläge wurde ein Komplexplan der Entwicklung des Kolchos für den Zeitraum bis 1990 erarbeitet. Vorgesehen ist, im laufenden Planungsjahr die Getreideerträge um 4 bis 5 Dezitonnen zu erhöhen und 23 bis 24 Dezitonnen je Hektar zu erzielen, die Jahresproduktion von Fleisch um 10 Prozent zu steigern und sie auf 1000 Tonnen zu bringen, und die von Milch — um 12 Prozent und somit auf 6000 Tonnen zu erhöhen. Es sollen Maßnahmen zur sozialen Umgestaltung des Dorfes realisiert werden.

Die Parteiorganisation, die 142 Mitglieder zählt, konzentriert die Bemühungen des Kolchosvorstands, der Spezialisten und des ganzen Kollektivs auf die möglichst bessere Nutzung des Bodens, auf die Einführung der Erkenntnisse der Wissenschaft, der fortschrittlichen Erfahrungen und der progressiven Technologie in die Produktion.

Im Kolchos wird das wissenschaftlich argumentierte bodenschonende Ackerbausystem eingeführt. Die Getreidefelder werden mit Samen erster Klasse hoher Reproduktion und rayonierter Sorten bestellt. Es werden mehr natürliche und Mineraldünger angewandt

und agrarische Maßnahmen zur Aufspeicherung von Feuchtigkeit ergriffen. Die meisten kraftraubenden Arbeitsprozesse in der Viehwirtschaft sind mechanisiert; es werden Intensivmethoden der Rindermast eingeführt; das ganze Grobfutter wird verarbeitet und den Tieren aufbereitet verabreicht. Realisiert werden auch Maßnahmen zur Qualifizierung der Mechanisatoren und Viehzüchter.

All das gestattet es, die Wirtschaft rentabel zu führen, die Produktion zu steigern und mehr Erzeugnisse an den Staat zu verkaufen. In der zehnten Planperiode vergrößerte sich die Bruttoproduktion auf das 1,7fache, die Arbeitsproduktivität erhöhte sich um 66 Prozent. Der Verkauf von Getreide an den Staat, darunter harter und starker Sorten, verdoppelte sich. Das durchschnittliche Liefergewicht eines Rindes übertraf 500 Kilogramm.

Im Beschluß wird unterstrichen, daß das Parteikomitee des Kolchos seine ständige Aufmerksamkeit der ideologischen Erziehungsarbeit im Kollektiv und der Lösung sozialer Fragen schenkt. Merkwürdig verbessert hat sich die Produktions- und Arbeitsdisziplin sowie die öffentliche Ordnung. Etwa 33 Prozent der in die Entwicklung der Wirtschaft investierten Mittel wird für den Bau kultureller, sozialer und anderer Versorgungseinrichtungen verausgabt. Der Kolchos verfügt über eine ausreichende Zahl eigener qualifizierter Mechanisatoren und Viehzüchter.

Die Kolchoswerkstätten haben im Rahmen des weitgehend entfalteten sozialistischen Wettbewerbs zu Ehren des 60. Jahrestags der Gründung der UdSSR in diesem Jahr von jedem Hektar des 26000 Hektar großen Getreideschlags 19,3 Dezitonnen Korn geerntet und 40300 Tonnen davon an den Staat verkauft, was den Plan um 13000 Tonnen übertrifft. Erfüllt ist auch der Plan im Fleischverkauf an den Staat; der Milchlieferungsplan ist schon fast bewältigt.

(Schluß S. 2)

TASS-Mitteilung Hervorragende Leistung der sowjetischen Raumfahrt

Programm des bemannten Langzeitfluges erfolgreich erfüllt

Der mit 211 Tagen längste bemannte Raumflug der Geschichte der Raumfahrt ist nun erfolgreich beendet.

Nach Erfüllung des vorgesehenen Arbeitsprogramms an Bord des Forschungsraumschiffes Salut 7—Sojus T sind die Kosmonauten Genossen Anatoli Nikolajewitsch Beresowoi und Valentin Witaljewitsch Lebedew am 10. Dezember 1982 um 22.03 Uhr Moskauer Zeit zur Erde zurückgekehrt. Salut 7 setzt den Flug unbemannt fort.

Der Landeapparat von Sojus T 7 landete im vorgesehenen Gebiet der Sowjetunion 190 Kilometer östlich der Stadt Dsheskasgan.

Die an der Landungsstelle durchgeführte ärztliche Untersuchung erwies, daß die Kosmonauten den langen Aufenthalt in der Schwerelosigkeit gut überstanden haben.

Der Raumflug der Genossen Beresowoi und Lebedew hatte am 13. Mai mit dem Raumschiff Sojus T 5 begonnen. Am nächsten Tag wurde das Raumschiff an die Station Salut 7 angekoppelt, und die Besatzung ging an die Arbeit an ihrem Bord.

Am 25. Juni wurde das Raumschiff Sojus T 6, mit einer internationalen Besatzung an Bord, an den Orbitalkomplex Salut 7—Sojus T 5 angekoppelt. Dieser Besatzung

gehörten die Fliegerkosmonauten der UdSSR Wladimir Alexandrowitsch Dshanibekow, Alexander Sergejewitsch Iwantschenkow und der Flieger Jean-Loup Chretien aus Frankreich an. Zum erstmaligen waren fünf Kosmonauten gleichzeitig an Bord der Station tätig. Die internationale Besatzung des Forschungsraumschiffes Salut 7—Sojus T 5—Sojus T 6 erfüllte in vollem Umfang das von Wissenschaftlern der UdSSR und Frankreichs entworfene Programm von Experimenten.

Während des Fluges wurden Untersuchungen verschiedener Himmelsobjekte galaktischen und außer-galaktischen Ursprungs, von Röntgen- und Ultraviolettstrahlungsquellen, des interplanetaren Mediums und der Erdatmosphäre durchgeführt.

Die Experimente wurden unter Benutzung sowjetischer Apparaturen wie auch von Geräten, angefertigt, die in Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Tschechoslowakei und Frankreich gebaut worden waren.

Gemäß dem Programm der kosmischen Werkstoffkunde wurden Experimente zur Züchtung von Monokristallen der Halbleiterstoffe unter Bedingungen der Schwerelosigkeit sowie zur weiteren Erforschung der Prozesse der Kristalli-

sierung der Metalllegierungen und zur Erhaltung von Kompositionsmaterialien durchgeführt.

Auf der Orbitalstation wurden Experimente zur Durcharbeitung der Methoden der Erhaltung superreiner biologischer Wirkstoffe in der Schwerelosigkeit unternommen.

Zahlreiche medizinische Untersuchungen wurden vorgenommen, um den Einfluß der Faktoren des Raumfluges auf den menschlichen Organismus weiter zu erforschen. Es wurden neue Angaben ermittelt, die bei der Bestimmung optimaler Arbeits- und Erholungsbedingungen der Kosmonauten auf bemannten Stationen ausgewertet werden sollen.

Ein von sowjetischen Medizinern entwickelter Komplex von Vorbeugungsmaßnahmen gestattete es, während des ganzen Fluges den Kosmonauten guten Gesundheitszustand und hohe Arbeitsfähigkeit zu sichern.

Es wurden Experimente zum weiteren Studium der Möglichkeiten der Kultivierung von Sproßpflanzen an Bord bemannter Stationen und zur Erforschung der Entwicklung verschiedener biologischer Objekte unter den Bedingungen des Raumfluges durchgeführt.

Während des Dauerfluges wurde eine große Anzahl technischer Experimente zur Funktionskontrolle der vervollkommenen Bordsysteme, Ausrüstungen und Geräte der Weltraumapparate unternommen.

Am 30. Juli stiegen Anatoli Beresowoi und Valentin Lebedew in den freien Weltraum hinaus, um auf der Außenfläche der Station installierte Forschungsapparaturen abzumontieren und zum Teil auszuwechseln. Während des Ausstiegs

wurden technologische Arbeitsgänge zur Bewertung der Effektivität des Einsatzes verschiedener mechanischer Verbindungen ausgeführt, die bei den Montagearbeiten auf der Umlaufbahn Anwendung finden können.

Die Besatzung führte auch in der Praxis der Weltraumflüge neue Operationen durch — durch die Schleuse wurden kleine künstliche Erdstationen Iskra 2 und Iskra 3, die dem Amateurfunk dienen, in den Weltraum hinausgebracht.

Vier automatische Progreß-Transporter sorgten für die Zustellung von Kraftstoff, der nötigen Materialien und wissenschaftlicher Apparatur auf die Orbitalstation Salut 7.

Die erfolgreiche Realisierung des Flugprogramms ist das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit der Forschungs-, Produktions- und Konstruktionsinstitutionen, der Kosmonauten, Spezialisten des Kosmodroms, des Kosmonautenzentrums und des Flugleitungsabteils, der Kommando- und Meßzentrale sowie des Such- und Rettungskomplexes.

Die Ergebnisse der Forschungen und Experimente, die während des 211tägigen Raumfluges gewonnen wurden, werden in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft, Technik und Volkswirtschaft unseres Landes weitgehend Anwendung finden und den Fortschritt zum Wohl aller Menschen der Erde fördern.

Aus aller Welt Panoramama

In den Bruderländern

Auf Bestellung der Sowjetunion

PRAG. Ein angespannter Arbeitsrhythmus herrscht in den Betriebsabteilungen des Prager Werks „Avia“. Täglich verlassen 50 frisch gestrichelte Lastkraftwagen das Hauptfließband des Werks, darunter auch diejenigen, die für die sowjetischen Besteller bestimmt sind.

In diesem Jahr hat das Kollektiv des Werks die Produktion von Kleinlieferwagen für den städtischen Verkehr nach dem Auftrag der UdSSR aufgenommen. Sie sind mit einer Vorrichtung versehen, die es ermöglicht, den Motor bei 30 Grad Kälte anzulassen. Auch das Fahrerhaus des Wagens ist besser isoliert und wird intensiv beheizt. Gemäß dem Handelsabkommen werden schon in diesem Jahr 1750 solcher Kleinlieferwagen an die UdSSR abgeliefert werden. Das Werkkollektiv hat sich zu Ehren des bevorstehenden 60. Jahrestags der Gründung der UdSSR verpflichtet, alle Lieferungen an das Bruderland termin- und qualitätsgerecht abzuliefern.

Im laufenden Planjahr fünf werden die sowjetischen Verkehrsorganisationen jährlich 2500 Kraftwagen „Avia“ erhalten.

Beschaffung wertvoller Rohstoffes

BUKAREST. Im Mündungsgebiet der Donau begann man mit der Schiffschiffung. Am ersten Tag der Erntekampagne, die im nächsten Frühjahr zu Ende gehen wird, sind 500 Tonnen wertvoller Rohstoffes — beträchtlich mehr als das Tagesesoll — geerntet worden. In einer Saison will man 56 000 Tonnen Schilf ernten, der im Zell-

stoff- und Papierkombinat der Stadt Braila bearbeitet wird. Daran werden Papier, Athanol, Trokchenhefe und andere Erzeugnisse produziert.

Zafra gewinnt an Tempo

HAVANNA. In Kuba gewinnt die Zafra — das Hacken und Verarbeiten des Zuckerrohrs der neuen Ernte — an Tempo. Obwohl zu Beginn der Zafra die Dürre und später die Güßregen den Ackerbauern arg zugesetzt hatten, begannen 35 Zuckerfabriken aller Provinzen der Freiheitsinsel plangemäß mit der Verarbeitung des Zuckerrohrs der neuen Ernte. In den ersten Wochen produzierten sie 100 000 Tonnen Rohzucker. Die Qualität des Zuckerrohrs und der Zuckerertrag sind etwas höher als im Vorjahr.

Im laufenden Monat wird die Ernte noch mehr an Maßstab und Tempo gewinnen. Es werden Anstrengungen unternommen, damit zum 1. Januar bereits 120 Zuckerfabriken, d. h. 80 Prozent aller Betriebe der Branche, Zuckerrohr verarbeiten und Zucker, das wichtigste Exportprodukt des Landes, erzeugen.

Die Zafra 82—83, die die Werktätigen der Republik mit maximaler Effektivität durchführen wollen, kann alle vergangenen in vielen Kennziffern übertrafen. Zum erstenmal werden 355 Zuckerrohrverletemaschinen 50 Prozent der Ernte bergen. Dadurch wird man die Anzahl der Mächeler aus 25 000 Personen verringern können.

Unter den Werktätigen hat sich weitgehend ein sozialistischer Wettbewerb entfaltet. Rund 1750 Brigaden haben sich bereits verpflichtet, eine Million und mehr Arobas Zuckerrohr (1 Arob=11,5 Kilogramm) einzubringen.

Neues Leben nimmt an Kraft zu

Die Nationale Vaterlandsfront der DRA hat an die im Ausland befindlichen und leidenden Afghanen den Appell gerichtet, heimzukehren und sich dem Kampf des ganzen Volkes gegen die konterrevolutionären Kräfte und dem Aufbau einer neuen Gesellschaft in Afghanistan anzuschließen. Die Verteidigung gegen die Aggression des Imperialismus und der Aufbau einer neuen Gesellschaft — das sind die beiden Hauptrichtungen, die beiden Fronten, an denen das afghanische Volk bedeutende Siege davon trägt. Die Nachrichtenagentur Bakhtar meldet täglich die Heimkehrer Dutzender, ja Hundertert Familien der durch die feindliche Propaganda getäuschten afghanischen Bauern und Nomaden. Die revolutionäre Regierung der Republik garantiert ihnen alle demokratische Freiheiten, die Wahrung der Bräuche, Traditionen und religiösen Riten und schafft Bedingungen für die Aufbauarbeit.

Angesichts des unerklärten Krieges und der Wühlaktionen seitens der Kräfte des Imperialismus und der internationalen Reaktion ist dieser Schritt der Regierung der DRA höchster Ausdruck der Demokratie, der Festigkeit der Gesellschaftsordnung des Volkes, der unzerstörbaren Verbundenheit der DVPA mit den werktätigen Massen und Ausdruck dafür, daß die Regierung Verständnis für ihre Anliegen zeigt.

Die Errungenschaften der afghanischen Werktätigen im wirtschaftlichen Aufbau und auf sozialem Gebiet sind unbestreitbar. Wie die Ergebnisse der sozialökonomischen Entwicklung aus dem ersten Halb-

jahr 1982 zeigen, wurden die höchsten Kennziffern im Bergbau und in der Leichtindustrie erzielt. Die Produktion von Wollzeugnissen nahm um 27 Prozent, von Zement um 42,7 Prozent, von Elektroenergie um mehr als neun Prozent zu. Der Arbeitswettbewerb der Kollektive bricht sich immer mehr Bahn. Allein in Kabul nehmen an diesem Wettbewerb rund 40 Betriebe teil. Zum erstenmal in der Geschichte der afghanischen Hauptstadt werden ganze Wohnblöcke für Arbeiter und Angestellte gebaut. Für die Kinder ist ein Pionierpalast eröffnet, und den Verbänden der Schriftsteller, der Journalisten und der Künstler sind eigene Räume zur Verfügung gestellt worden.

Kamen vor der Aprilrevolution 1978 auf alle 10 000 Einwohner ein Arzt und zwei Krankenhausbetten, so wurden allein im vorigen Jahr dank den Anstrengungen des ganzen Volkes und der Fürsorge der Regierung 18 neue medizinische Einrichtungen eröffnet. In diesem Jahr nehmen weitere 33 Polikliniken und Krankenhäuser den Betrieb auf. Im Zuge der demokratischen Bodenreform haben bereits rund 300 000 landlose und landarme Bauern vom Staate Grund und Boden erhalten.

Die Regierung der DRA unternimmt alles nur Mögliche, um dem afghanischen Volk friedliche Lebens- und Arbeitsbedingungen zu sichern. Die Vorschläge der DRA vom 14. Mai 1980 und vom 24. August 1981 für die Regelung der Situation im Afghanistan schaffen eine konstruktive und flexible Grundlage für eine solche Regelung.

Im Lichte realer Fakten

Kommentar

Wenn man von realen Tatsachen des politischen Lebens der Vereinigten Staaten abstriehert, dann fällt es schwer zu begreifen, warum das offizielle Washington, das sich sonst für die Menschenrechte und -freiheiten in den anderen Ländern so sehr ins Zeug legt, nicht gewillt ist, die meisten internationalen Verträge und Vereinbarungen auf dem Gebiet der Menschenrechte zu ratifizieren.

So haben die Vereinigten Staaten immer noch nicht solche grundlegende Dokumente wie die internationale Konvention über zivile und politische Rechte, die internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aus dem Jahr 1966, die internationale Konvention über Unterbindung der Verbrechen der Apartheid und die Bestrafung für diese Verbrechen aus dem Jahre 1973 sowie die internationale Konvention über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung ratifiziert.

Die USA-Vertreter versuchen in verschiedenen Organen der Vereinten Nationen seit Jahren, die Annahme von Beschlüssen zu verhindern, die auf Unterbindung von massenhaften und groben Verletzungen der Menschenrechte in den Ländern gerichtet sind, in denen die von Washington unterstützten repressiven Diktaturen bestehen. So haben USA-Vertreter in diesem Jahr wiederholt die Verabschiedung von wirksamen Maßnahmen zur Entschädigung der Verurteilten und Zurückführung der außer Rand und Band geratenen israelischen Aggressoren

in Libanon durch die entsprechenden Gremien der Vereinten Nationen verhindert.

Ein derartiges Verhalten auf dem internationalen Schauplatz stimmt denn auch voll und ganz mit dem innerpolitischen Kurs Washingtons überein, der durch eine immer massiver werdende Verletzung der Menschenrechte und der Bürgerfreiheiten gekennzeichnet ist. Eine recht repräsentative Delegation von Juristen aus acht Ländern, darunter Großbritannien, Schweden und Indien, hat bereits im August 1979 die USA besucht und eine Untersuchung vorgenommen. Das Ergebnis dieser Untersuchung war die Schlußfolgerung, daß es in diesem Land „ausreichend ernste Beweise für die Verletzung der Menschenrechte“ gibt.

Die Mitglieder der Delegation, deren professionelles Ansehen von niemandem angezweifelt wurde, haben die Tatsachen bestätigt, die in einer Petition von drei amerikanischen Organisationen — der Nationalen Konferenz der afroamerikanischen Anwälte, dem Nationalen Verband des Kampfes gegen politische und Rassenrepräsentation und dem Komitee für Rassengleichheit — an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen enthalten sind. Wie in dieser Petition festgestellt wurde, werden in den Vereinigten Staaten die Menschenrechte und die Grundfreiheiten systematisch verletzt. Diese Verletzungen hängen mit der Rassenzugehörigkeit, mit der wirt-

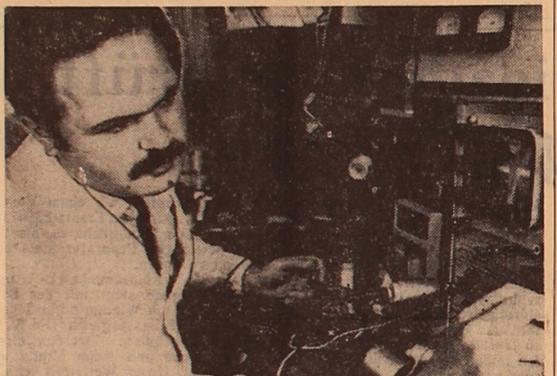
schäftlichen Lage und politischen Überzeugung der USA-Bürger zusammen.

Seit der Zeit hat sich die Situation in den USA nur verschlechtert. Durch eine Welle von Massenmanifestationen zwingt das werktätige Amerika seinen zornigen und seine Empörung über die volkfeindliche Politik der gegenwärtigen Administration zum Ausdruck. Als Folge dieser Politik erreichte die Arbeitslosigkeit seit 42 Jahren höchste Rate: Selbst nach offiziellen Angaben werden zwölf Millionen USA-Bürger eines der wichtigsten Menschenrechte, des Rechts auf Arbeit, beraubt. Die Kürzung vieler sozialer Programme durch die Regierung verarmt breite Bevölkerungsschichten zu zusätzlichen Büren und Entbehrungen. Dieses Jahr, wie auch das vorangegangene, haben die Entschlossenheit der Reagan-Administration vor Augen geführt, die für die Monopole und die Regierung „unerwünschten“ Aktionen der Gewerkschaften mit „eiserner Hand“ zu unterdrücken. Mit grausamen Repressalien wurden die Gewerkschaften der Fluglotsen, Bergarbeiter, Eisenbahner, Staatsangestellten u. a. verfolgt.

Angesichts dieser Tatsache ist die obstruktivistische Politik und Taktik Washingtons in der UNO und in anderen internationalen Foren leicht zu verstehen, wenn effektive Maßnahmen der Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten, wenn die Unterbindung aller Formen der Rassendiskriminierung und jeder anderen Diskriminierung zum Gesprächsthema werden.

Die durch Verschulden der USA und der Rassen der Republik Südafrika im Süden des afrikanischen Kontinents entstandene Situation erinnert — laut der angolischen Zeitung „Jornal de Angola“ — zur Zeit an die Lage in Nahost, wo Israel einen Teil des Territoriums von Libanon okkupiert hat. Diesem Beispiel folgend, hat die rassistische Republik Südafrika einen Teil der angolischen Provinz Cunene eingenommen.

Im Bild: Soldaten des Pretoria-Regimes in der angolischen Provinz Cunene. Foto: TASS



VR BULGARIEN. Das Kollektiv des Zentrallabors für Sonnenenergie und neue Energiequellen bei der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften arbeitet erfolgreich an der „Bandung“ der Sonnenstrahlen.

Mehr als 20 Entwicklungen des Labors wurden als Erfindungen bestätigt. Hier wurden effektive Anstriche sowie thermobeständige schwarze Farbe für Sonnenkollektoren erfunden.

Im Bild: Technologie Nenko Ruzpikow bei der Regelung des Sonnenstrahlungsmessers.

Foto: BTA-TASS

Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus?

Die nordatlantischen Strategen arbeiten gleichzeitig mit der Aufstockung ihrer Kernwaffenarsenale an einem umfassenden Programm zur Modernisierung der konventionellen Streitkräfte dieses aggressiven Blocks.

Wie die Zeitschrift „Aviation Week and Space Technology“ in diesem Zusammenhang feststellt, hat der USA-Verteidigungsminister Caspar Weinberger auf der jüngsten Tagung der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel vorgeschlagen, „der NATO ein System von Raketen zur Verfügung zu stellen, die in der Lage sind, die Flughäfen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages genau zu treffen.“ Das Pentagon versucht beharrlich, als ein solches System die Waffe aufzuzwingen, die zur Zeit in den Vereinigten Staaten auf der Basis der Flügleraketen Tomahawk entwickelt wird. Die Träger der neuen Raketen sind die B-52-Bombenflugzeuge und die Jagdbomber F-16 geplant. Wie die Wochenschrift betont, ist ferner geplant, 700 solcher Waffeneinheiten

in die Rüstung aufzunehmen, wofür etwa 1,4 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt werden.

Die Zeitschrift „Armed Forces Journal“ richtet ihrerseits die Aufmerksamkeit auf die aktive Arbeit der Pentagon-Generäle an der sogenannten Strategie „des Schlangens in die Tiefe“. Das Hauptziel dieser Strategie besteht in der Führung eines Elektronenkrieges gegen die sozialistischen Länder, in der Schaffung eines umfassenden Netzes von Stationen für die Lenkung der Raketen auf Objekte, die im tiefen Hinterland des Gegners liegen sowie in der Störung und im Abhören der Rundfunkgespräche. Zur Erfüllung der Aufgaben sollen, wie aus den Ausführungen der Wochenschrift hervorgeht, sowohl die modernen Aufklärungsflugzeuge der USA TR-1 als auch Bodenstationen und ortsveränderlichen Radars eingesetzt werden.

Die Zeitschrift lenkt ferner die Aufmerksamkeit darauf, daß in Westeuropa bereits amerikanische

Hubschrauber mit elektronischen Ausrichtungen für das Abhören von Funkverbindungen stationiert sind. In jedem Augenblick könnten zu diesem Zweck nach Westeuropa auch Flugzeuge der amerikanischen Luftstreitkräfte vom Typ EF-111 verlegt werden.

Das Pentagon strebt zunehmend danach, die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik seinen aggressiven Zielen in den Dienst zu stellen. Wie „Aviation Week and Space Technology“ berichtet, wird gegenwärtig in Labors der Gesellschaften Lockheed und Space Co. ein unbemanntes Spitzelflugzeug entwickelt, bei dem die Sonnenenergie zur Anwendung kommt. Bei einer Spannweite zwischen 45 und 90 Meter soll die Maschine zwischen 454 kg und 1362 kg wiegen. Die Zeitschrift schreibt, daß das Flugzeug nach Berechnungen von Pentagon-Strategen in der Lage sein wird „monatelang“ ohne Landung aus 18 bis 24 Kilometer Höhe eine umfangreiche Fläche auszukundschaften.

Erdsatelliten gemeinnützlich

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat die Prinzipien angenommen, die die Nutzung künstlicher Erdsatelliten für direkte Fernsehübertragungen regeln sollen.

Eines der wichtigsten Bestimmungen des neuen Dokuments lautet, daß der Dienst für direkte Fernsehübertragungen lediglich nach Durchführung von Konsultationen zwischen den Staaten und auf Grundlage der Abkommen und anderer Vereinbarungen geschaffen werden kann.

Wie in den Grundbestimmungen weiter festgelegt wird, muß das Wirken dieses Dienstes sich mit der Entwicklung von Verständigungs- und Festigung von Freundschaftsbeziehungen sowie Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern im Interesse der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit vereinbaren.

Es war die Sowjetunion, die die Volkergemeinschaft auf die Notwendigkeit der Entwicklung solcher Prinzipien als erste aufmerksam gemacht hatte. Im Jahre 1972 hatte die UNO-Vollversammlung auf Initiative der Sowjetunion eine Resolution zu dieser Frage verabschiedet.

Für die „Prinzipien“ äußerten sich 117 Delegationen.

In wenigen Zeilen

DELHI. Die pakistanische Regierung hat in den letzten neun Monaten mehrere Versuche unternommen, die für die Herstellung von Atombomben erforderliche Ausrüstungen im Ausland zu erwerben. Laut PTI wurden die Vorhaben des Militärregimes Islamabad in einer Reihe westeuropäischer Länder und in Japan bekannt. Die nuklearen Ambitionen der pakistanischen Führung, so PTI, hängen nach der Meinung der Beobachter mit den Bemühungen, die mit modernster Navigations- und Kampftechnik versehenen F-16-Jagdbomber in den USA zu kaufen, unmittelbar zusammen.

SAN FRANCISCO. Scharfe Kritik an der von den USA betriebenen Eskalation des nuklearen Wettrenns hat der amerikanische Wissenschaftler, zweifache Nobelpreisträger Linus Poling geübt. In der Stanford-Universität in der kalifornischen Stadt Palo Alto erklärte er, die Vereinigten Staaten sollten den Kurs auf nukleare Hochrüstung aufgeben und auf Frieden hinzielende Schritte unternehmen. „Wir sollten uns nicht dem Rüstungswettlauf, sondern der Lösung solcher Probleme wie Hunger und Wohnungsmangel widmen“, sagte er.

Eine weitere Farce des weißen Hauses

Am 10. Dezember hat im Weißen Haus unter Beteiligung des Präsidenten Reagan eine Veranstaltung stattgefunden, die sich entsprechend der Absicht ihrer Organisatoren gegen die politischen und gesellschaftlichen Interessen von Volkspolen, gegen seine Bündnisse, gegen die Regierung der VR Polen und ihre Aktivitäten zur Normalisierung des Lebens im Lande und zur Wiedererlangung einer würdigen Rolle Polens auf dem internationalen Schauplatz richteten. Der USA-Präsident hielt eine Rede, die von Drohungen an die Adresse Polens und seiner Regierung strotzte und unterzeichnete anschließend ei-

ne Proklamation über den sogenannten Tag der Solidarität mit dem polnischen Volk. Reagan wiederholte die Grundsätze seiner Politik gegenüber Polen, die darauf hinauslaufen, daß Polen am 13. Dezember vorigen Jahres auf dem Weg verzichtet hat, den die Washingtoner Administration gutheißt und daß in Polen heute eine „Nacht der Unterdrückung“ herrscht.

Der USA-Präsident mischte sich mit seiner Rede, ohne Gewissensbisse zu verspüren, offen und grob in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Landes ein. Bezeichnend ist ferner der Zeitpunkt, der für diese antipolnische Veran-

staltung gewählt wurde. Ist doch wohl bekannt, daß am 13. Dezember in Warschau der Sejm der VR Polen tagen wird, auf dem über Maßnahmen beraten werden soll, die auf eine vollständige Normalisierung des Lebens im Lande gerichtet sind. Damit hat Washington bekundet, daß es diesen Prozeß mißbilligt.

Die von Reagan unterzeichnete Proklamation ist überfüllt mit Ausfällen und Angriffen gegen die polnische Regierung — sowie von Demagogie und Ausfällen gegen das Bündnis Polens mit der UdSSR, das für die Vereinigten Staaten wohl das unangenehmste Element der europäischen Wirklichkeit bedeutet. Die ganze Veranstaltung war ein weiterer Beweis dafür, daß die amerikanische Regierung die Interessen Polens mißachtet und daß sie dieses Land lediglich als ein Mittel ihrer eigenen Politik betrachtet.

Seerechtkonvention unterzeichnet

119 Staaten haben ihre Unterschriften unter die umfassende Seerechtkonvention bereits am ersten Tag gesetzt, als sie in der Stadt Montego Bay zur Signierung freigegeben wurde. Der neue internationale Kodex wird in zwölf Monaten in Kraft treten, nachdem ihn mindestens 60 Staaten ratifiziert haben.

Im Namen der Sowjetunion hat die Konvention der Minister für Hocheeschiffahrt der UdSSR T. Guschenko unterschrieben.

Die Konvention ist im Verlauf von langwierigen und wohl schwierigen internationalen Verhandlungen zustande gekommen, die fast vor neun Jahren begonnen hatten. Zum ersten Mal ist eine einheitliche „Seeharta“ geschaffen worden, die alle Aspekte des menschlichen Wirkens auf dem Weltmeer, auf dem Meeresboden und unterhalb desselben reguliert. In dem neuen einheitlichen Kodex finden eine Präzisierung aller bisherigen Vorschriften für die Seefahrt von Handels- und Kriegsschiffen, so für den Verkehr in den Territorialgewässern, sowie die wichtigsten Prinzipien der Nutzung des Festlandsockels.

Zum ersten Mal werden als Normen des Völkerrechts neue Konzeptionen akzeptiert, die die Ergebnisse des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts sowie der schnellen Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen auf dem Weltmeer berücksichtigen. So wird der Begriff einer ausschließlichen Wirtschaftszone definiert, deren Breite 200 Seemeilen nicht übersteigen darf. Der Küstenstaat besitzt innerhalb seiner Zone alle souveränen Rechte auf wirtschaftliche Aktivitäten. Die Konvention legt ferner zum ersten Mal das Verfahren für die Nutzung des Meeresbodens und seiner Ressourcen außerhalb des Festlandsockels fest. Diese Ressourcen werden als gemeinsames Erbe der Menschheit erklärt.

Die Erklärung und Förderung von Bodenschätzen im internationalen Seebereich wird von einem internationalen Gremium für den Meeresboden überwacht. Sein Hauptquartier soll auf Jamaika eingerichtet werden. Die USA, Großbritannien und eine Reihe der nächsten Verbündeten dieser Staaten weiterten sich, die Konvention zu unterschreiben.

Einmischung scharf verurteilt

Die polnische Zeitung „Trybuna Ludu“ verurteilt scharf die Absicht Washingtons, unter dem Vorwand „Solidarität mit Polen“ bekunden zu wollen, einen weiteren Hexensabbat zu veranstalten. Die amerikanische Propaganda beachtlich, eine weitere antipolnische Kampagne der Verleumdung und Desinformation zu starten. Sie hat zum Ziel, der Weltöffentlichkeit den Gedanken zu suggerieren, in Polen werde sich nichts prinzipiell verändern.

Die USA mischen sich seit vielen Monaten gemaß und offen in die inneren Angelegenheiten des souveränen polnischen Staates massiv ein. Sie versuchen, die Wirtschaft der VR Polen zu untergraben und den Lebensstandard eines jeden Polen stark zu beeinträchtigen.

Die Ursache für die langfristige und vielschichtige antipolnische Kampagne ist die unverhohlene Enttäuschung Washingtons über die Niederlage, die in Polen in der Nacht zum 13. Dezember 1981 die Konzeptionen einer Konfrontation erlitten haben, die von den amerikanischen Falken aufgestellt worden waren.

Die „Trybuna Ludu“ führt weiter aus, daß man sich in Washington immer noch nicht damit abgefunden hat, daß die Taktik, die Entfaltung von Bruderkrieg und Anar-

chie in Polen zum Ziel hatte, gescheitert ist. Diese Taktik war darauf gerichtet, die sozialistische Staatengemeinschaft zu spalten, in deren wichtigem Verteidigungsbeitrag Polen, ein integrierender Bestandteil des Warschauer Vertrages, steht.

Die ganze Welt weiß heute, daß es gerade die Vereinigten Staaten sind, die sich in die inneren Angelegenheiten Polens einmischen und von seiner Regierung und seinem Volk verlangen, daß sie die Probleme des Landes im Sinne der amerikanischen Doktrinen der Ost-West-Konfrontation lösen. Die Vereinigten Staaten üben groben Druck auf ihre Verbündeten in Westeuropa aus, indem sie diese zwingen, an den Sanktionen gegen Polen teilzunehmen, die dieses Land zwingen sollten, sich dem amerikanischen Diktat zu unterwerfen.

Wie die Zeitung weiter ausführt, lösen der politische Stul-Reagans, sein Bestreben, den NATO-Verbündeten seine hegemonistische Gelüste aufzuzwingen sowie die Appelle nach einem globalen antikomunistischen Kreuzzug in Westeuropa ein Angstgefühl aus und stößen auf eine immer stärker werdende Kritik.

Die „Trybuna Ludu“ betont, daß immer mehr Anzeichen davon

zeugen, daß die Einstellung Europas zu den vitalen Problemen der Erhaltung der Entspannung und der Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Systeme anders als die der Vereinigten Staaten ist. Die Völker des östlichen und des westlichen Teils des europäischen Kontinents lassen sich in ihren Beziehungen zueinander von den Prinzipien einer anderen politischen Kultur und Philosophie der Entspannung leiten. Für sie gelten andere Normen der zwischenstaatlichen Beziehungen als sie heute Washington praktiziert. In Westeuropa verbreitet sich immer mehr die Erkenntnis, daß Polen, das wieder zu seinen Kräften gelangt und über mächtige Verbündete verfügt, nicht zu einem Spielzeug in der imperialistischen Politik der USA geworden ist und auch nicht werden wird.

In all dem sind Möglichkeiten für die Rückkehr Europas zu richtigeren Zusammenarbeiten entfallen. Und in einem krassen Gegensatz dazu stehen die Erbitterung, die Ambitionen und der politische Dünkel der derzeitigen USA-Administration, die Polen gern als ein Werkzeug ihrer Politik behandeln möchte. Das sind aber illusorische Hoffnungen.

Im Blickpunkt: Olympiade 84

Die Vorbereitungen zu den Olympischen Sommerspielen 1984 erregen zur Zeit bei vielen Menschen Interesse. In diesem Zusammenhang hat der Generalsekretär des Nationalen Olympischen Komitees der BRD, Walther Tröger, TASS ein Interview gewährt.

Auf der Tagung der europäischen NOK's in San Marino wurden einige kritische Äußerungen hinsichtlich der bevorstehenden Olympiade-84 in Los Angeles laut. Wir schätzen Sie die Ergebnisse dieser Tagung und die Probleme, die dort angeschnitten wurden.

Die Olympischen Spiele 1984 stehen für viele Nationale Olympische Komitees derzeit im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Es ist deshalb verständlich, daß fehlende Informationen von seiten des Organisationskomitees beklagt und die vorliegen-

den Informationen kritisch betrachtet werden.

Das wichtigste Ergebnis der Tagung in San Marino war der Wunsch, daß die Delegierten aller NOK's bei ihrer Generalversammlung in Los Angeles im vorliegenden Januar umfassend unterrichtet werden, um auch auf die Entscheidung ihrer Mannschaften angemessen einzuwirken. Dieser Unterrichtung kann derzeit nicht vorgegriffen werden.

Wie ist Ihre Meinung zu anderen Problemen, wie zum Beispiel zu dem hohen Anteil der NOK's an den zutragenden Kosten und zu Transportschwierigkeiten.

Auf die mangelhafte Information durch die Organisationskomitees 1984 bin ich bereits eingegangen. Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees hat in San

Marino verbindlich erklärt, daß die Kosten der Unterbringung der Mannschaftsmitglieder weit geringer als vorhergesagt und als angemessen zu betrachten sind, so daß ich auf diese Frage nicht mehr einzugehen brauche.

Teilen Sie die Besorgnisse angesichts der wachsenden Kommerzialisierung der olympischen Bewegung und der immer aktiveren Rolle der Professionellen in dieser Bewegung? Was meinen Sie in diesem Zusammenhang zu den IAAF-Beschlüssen, zum Beispiel hinsichtlich der Schaffung eines Geldfonds, aus dem schon jetzt zu Werbezwecken an einige Athleten beträchtliche Zahlungen getätigt werden?

Meine persönliche Meinung ist schon immer die gleiche, wie sie auch der Präsident des Internatio-

nen Olympischen Komitees in San Marino ausgesprochen hat. Die Nutzung wirtschaftlicher Möglichkeiten für den Sport ist nicht nur zulässig, sondern zu seiner Förderung und Durchführung notwendig. Die etablierten Sportorganisationen die Kontrolle über die wirtschaftlichen Beziehungen ausüben und ein direkter Einfluß auf die Sportler unterbleibt, solange sie sich aktiv betätigen. Wir haben in unserem Lande dafür schon eine Reihe guter Lösungen gefunden und werden unsere Bemühungen fortsetzen. Wenn wir unsere Vorstellungen auch international durchzusetzen vermögen, besteht meines Erachtens kein Grund zur Besorgnis.

Was die vorgesehene Bestimmungen des Internationalen Leichtathletik-Verbandes betrifft, so sind sie ein nützlicher Schritt zu dem genannten Ergebnis, wenn sie dem Buchstaben und vor allem dem Sinn nach Anwendung finden.

